

*Nachdem sich die FARC als politische Partei konstituiert hat, ist sie jetzt damit beschäftigt, ihr Mitgliederregister zu erstellen. Dabei wird geprüft, welche Vergangenheit Personen haben, die Mitglied werden möchten.*

*Das Magazin EL ESPECTADOR berichtet darüber am 17.9.2017:*

### **Wie die Mitgliederlisten der FARC aufgestellt wurden**

Der Friedensvertrag zwischen Regierung und FARC ist in diesen Tagen erneut herausgefordert durch die Verzögerungen bei der normativen Umsetzung der Vereinbarungen, durch die Ungewissheit über den Weg, den die Wiedereingliederung der früheren Kämpfer nehmen wird und durch die Polemik, hervorgerufen durch die mögliche Aufnahme von Drogenhändlern in die Mitgliederlisten, welche die FARC präsentierte. Aber hinter der Auflistung und Verifizierung derjenigen, die in den Genuss der im Friedensvertrag beschriebenen Vergünstigungen kommen sollen, steckt detaillierte fachliche Arbeit von Delegierten der Regierung und der FARC, von der erzählt wird, dabei habe es „Liebschaften“ gegeben. Und das., obwohl man wusste, dass die Bestimmungen des Abkommens attraktiv sind für Kriminelle aller Art.

Als in Havanna Regierung und FARC diskutierten, wie der Übergang dieser Guerrilla in die Legalität vor sich gehen sollte, sprach man zu allererst darüber, wie die Wiederholung von Fehlern der Vergangenheit vermieden werden sollte. Besonders jener Fehler, die bei der Demobilisierung der Paramilitärs(AUC) zwischen 2003 und 2006 gemacht wurden, als man zu Beginn des Prozesses von ca. 8-9000 zu demobilisierenden Kämpfern ausging, aber mit der Demobilisierung von rd. 32000 endete, sehr zur Genugtuung von Drogenhändlern wie Francisco Gabriel Zuluaga (alias Gordolindo) oder Miguel Àngel Múnera, bekannt als „Mellizo“. Daher war die erste Frage von Seiten der Regierung: „Wieviele FARC-Leute stehen in den Registern des Staates?“, wobei man daran dachte, dass die Staatsmacht ja während der Kampfhandlungen Zählungen der feindlichen Kräfte vorgenommen hatte. „Die FARC hat große Bereitschaft gezeigt, diese Listen zu berichtigen. Und das war ein komplizierter Vorgang. Man sagte uns, viele Kommandeure seien gefallen und die FARC von 2002 sei eine andere gewesen als die heutige. Es war durch die Wirkungen des Krieges für sie nicht so einfach zu wissen, wer und wieviele heute zu ihrer Organisation gehören. Was wir aber wissen ist, dass dieser Prozess in Havanna begonnen hat“, erklärte Mónica Cifuentes, Beauftragte für juristische Regelungen im Friedensprozess.

Die Erstellung vorläufiger Listen begann, als die Kämpfer in den Versammlungszonen eintrafen, wo sie dann ihre Waffen niederlegten. „Man muss sich darüber im Klaren sein, dass die Listen, welche die FARC anfangs einreichte, unter zwei Gesichtspunkten entgegen genommen wurden: Dem guten Glauben und unserem Recht als Regierung, eine Reihe von Überprüfungen vorzunehmen“, führt Cifuentes weiter aus.

Aber diese Überprüfungen wurden durchgeführt auf einer Grundlage, über die der Friedenskommissar weder Informationen noch die Möglichkeit hatte zu wissen, ob die aufgelisteten Personen auch wirklich Mitglieder dieser Untergrundorganisation waren. Zur Absicherung und infolge von Lektionen aus der Vergangenheit gründete man einen interinstitutionellen Ausschuss, intern „Listenausschuss“ genannt, dessen Reglement im Dekret 1174 von 2017 festgelegt ist.

Mit diesem Dokument werden alle staatlichen Institutionen, die über Informationen über die FARC verfügen, welche zu Verifikation herangezogen werden können, wie das Verteidigungsministerium, die Streitkräfte, der Geheimdienstkoordinator, der Militärgeschichtsdienst, die Chefermittler der Polizei und von Interpol, die Generalstaatsanwaltschaft sowie zu einigen Feststellungen der Identität das

Zentrale Personenstandsregister dazu aufgefordert, vorhanden Informationen dem Ausschuss zugänglich zu machen.

In diesem Sinne wirkte das Büro des Friedenskommissars, das ja weder gerichtliche noch Ermittlungsbehörde ist, als ein technisches Sekretariat, das Informationen anforderte über Personen, die in den Listen aufgeführt waren und aufgrund dieser Informationen deren Zugehörigkeit bestätigte oder bestritt.

Wenn die Mitglieder des Prüfungsausschusses keine Auffälligkeiten feststellten oder aber Mitteilung machten, überprüfte Personen gehörten in der Tat der FARC an, dann leitete die Behörde des Friedenskommissars das Verfahren zur Anerkennung ein.. Das bedeutete zweierlei: Für die Guerrilleros, die sich in den Sammlungszone aufhielten und denen bereits bescheinigt wurde, dass sie ihre Waffen übergeben hatten und die schriftlich versichert hatten, nie wieder die Waffen gegen den Staat zu erheben, eröffnete sich nun der Zugang zu der Palette kollektiver Vergünstigungen: Amnestie, die Unterstellung unter die Übergangsjustiz und die Beschreitung des Wegs der Wiedereingliederung.

Für die Guerrilleros in Haft bedeutete die Anerkennung, dass sie bei einem normalen Richter ihr Gesuch nach Straferlass einreichen konnten, wodurch diejenigen, die nicht wegen anderer Delikte als dem der Rebellion im Gefängnis saßen, unter der Auflage freikamen, sich der Übergangsjustiz zu stellen.

Das behördliche Vorgehen wurde von der FARC und von internationalen Organisationen scharf kritisiert, weil sie nicht verstanden, wieso nach Vorliegen aller rechtlichen Voraussetzungen viele anerkannte FARC-Mitglieder noch immer im Gefängnis saßen.

„Kuriöserweise war genau dies ein Beweis für die Ernsthaftigkeit des Prozesses, denn wir haben die FARC demobilisiert mittels der Identifizierung eines jeden ihrer Mitglieder. Im Gegensatz zum Vorgehen bei der Demobilisierung der Paramilitärs, denn heutzutage stellen wir die Namen der Leute fest in dem Moment, in dem sie demobilisiert wurden“, verteidigt Cifuentes das Vorgehen. Damals war das Verfahren viel weniger kompliziert und auch informell. Die Kommandeure der AUC übergaben ihre Listen, die dann vom Friedenskommissar abgezeichnet wurden, was nichts anderes hieß, als dass die eingereichte Liste dem damaligen Dekret 3360 entspreche und akzeptiert sei.

Bis zum 14. September 2017 hat der Friedenskommissar 11348 FARC-Mitglieder bestätigt. Von diesen befanden sich 8281 in den Sammlungszone oder waren „Externe“, also zivile Unterstützer. Von der Gesamtzahl waren 52 Ausländer, und 3015 Personen befanden sich in Haft. Zur weiteren Bestätigung stehen noch mindestens 750 weitere Personen an, die sich auf den Listen der FARC befinden. Diese teilen sich in zwei Kategorien: Solche Personen, die Probleme haben, sich zu identifizieren und von denen das Register erst noch ihre wahre Identität feststellen muss, denn viele von ihnen haben keine Geburtsurkunde oder verfügen über mehrere Personalausweise(350 Fälle). Und die anderen, nämlich 287 Personen, befinden sich „unter Beobachtung“, weil es Zweifel gibt, ob sie wirklich zur FARC gehören.

„Von den Fällen, die untersucht wurden und bei denen Auffälligkeiten festgestellt wurden, hat die FARC fast 160 Namen von ihren Listen gestrichen, während die anderen weiter geprüft werden“, erklärt Cifuentes. Es sind diese Fälle, von denen in den letzten Tagen einige Namen bekannt wurden, die Kritik in den Medien auslösten. Sogenannte „echte Narcos oder Verbündete“ seien darunter, davon 25 Auszuliefernde sowie 12 Mitglieder anderer illegaler Organisationen.

„Hier suchen wir nicht nach denen, die sich im Auslieferungsprozess befinden, damit sie nicht bestätigt werden, sondern jene, die keine Mitglieder der FARC sind und sich im Auslieferungsprozess

befinden, was zwei sehr verschiedene Dinge sind, den das Abkommen ist dazu sehr klar: Mitglieder der FARC, die unter das Abkommen fallen und sich im Auslieferungsprozess befinden und die Delikte begangen haben sollen, die unter die Übergangsjustiz fallen, werden nicht ausgeliefert und ihre juristische Lage wird von dieser geklärt“, kommentiert Cifuentes, und sie fügt hinzu, dass bereits alle Mitglieder des Sekretariats (Oberkommando, A.d.Ü.) der FARC bestätigt wurden und alle die Erklärung unterschrieben haben, mit der sie sich der Übergangsjustiz stellen zur Verhandlung von Delikten, die wie der Drogenhandel von der Amnestie ausgenommen sind.

„Wir können sie nicht der Kategorie der Unterstützer zuordnen, denn so hat sie der Friedenskommissar nicht zertifiziert“, signalisiert Cifuentes. Gleichwohl gibt es komplizierte Fälle wie den von Alexander Romero Sepúlveda, Chef einer Killerbande in Bogotá, der das Gefängnis verließ, weil er als „Friedensaktivist“ der FARC durchging, der aber, als man davon erfuhr, von der FARC selbst von ihrer Liste gestrichen wurde. Heute ist er flüchtig. Es gibt noch so einen Fall, in dem nachträglich die Bestätigung zurückgenommen wurde, nachdem Informationen beim Ausschuss Zweifel geweckt hatten.

Nach diesem Fall setzte sich das Büro des Friedenskommissars mit der FARC zusammen und die FARC strich von ihrer Liste 26 sogenannte „Friedensaktivisten“. „Über diese Personen existiert keinerlei Register, was bei uns Zweifel weckte, dass sie Mitglieder der FARC sind“, argumentiert Cifuentes. Jetzt, im Fall des Drogenhändlers Segundo Villota, für den geplant war, ihn als amnestierbar zu deklarieren und wegen dem die Staatsanwaltschaft dem Agenten Manuel Antonio Riascos zur Last legt, einem Netzwerk von Beamten und Anwälten anzugehören, das Beweise konstruiert, die ihn als Guerrillero durchgehen lassen sollen, gibt Cifuentes an, er stünde auf einer Liste der FARC und dass angesichts dieser Informationen er keine Bestätigung als früherer Kämpfer erhalten werde.

„Bis jetzt haben wir keinerlei Beweise dafür, dass Plätze auf den Listen der FARC verkauft werden“, betont sie. Während man dieses Thema klärt, ist es selbstverständlich, dass die Existenz im Untergrund in einem Krieg von mehr als 50 Jahren ein unfehlbares Verfahren und eine unfehlbare Verifizierung unmöglich machen. Und die Gegner des Friedensvertrages sprechen kaum davon, dass die FARC wegen dieser Vorfälle ihre eigenen Listen gesäubert hat, und das oft schon bevor Hinweise auftauchten.